



GEMEINDE OBERSONTHEIM

Landkreis Schwäbisch Hall

Änderung der Satzung über den Kostenersatz bei Inanspruchnahme der Freiwilligen Feuerwehr Obersontheim

Aufgrund von § 4 Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) in der Fassung vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert am 17. Dezember 2015 in Verbindung mit §§ 26 und 34 Absatz 4 – 8 des Feuerwehrgesetzes (FwG) in der Fassung vom 2. März 2010, zuletzt geändert am 17. Dezember 2015, hat der Gemeinderat der Gemeinde Obersontheim am 24. Februar 2023 die Satzung über den Kostenersatz für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Obersontheim, in der Beschlussfassung vom 18.05.2017, veröffentlicht im Mitteilungsblatt vom 24.07.2017, geändert.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist nachfolgend die männliche Sprachform gewählt worden. Alle personenbezogenen Formulierungen gelten jedoch gleichermaßen für Frauen und Männer.

§ 1 **Geltungsbereich**

- (1) Diese Satzung regelt die Kostenersatzpflicht für die Leistungen der Freiwilligen Feuerwehr Obersontheim (im Folgenden „Feuerwehr“ genannt).
- (2) Ersatzansprüche nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.

§ 2 **Aufgaben der Feuerwehr**

- (1) Die Feuerwehr hat

1. bei Schadenfeuer (Bränden) und öffentlichen Notständen Hilfe zu leisten und den Einzelnen und das Gemeinwesen vor hierbei drohenden Gefahren zu schützen

und

2. zur Rettung von Menschen und Tieren aus lebensbedrohlichen Lagen technische Hilfe zu leisten.

Ein öffentlicher Notstand ist ein durch ein Naturereignis, einen Unglücksfall oder dergleichen verursachtes Ereignis, das zu einer gegenwärtigen oder unmittelbar bevorstehenden Gefahr für das Leben und die Gesundheit von Menschen und Tieren oder für andere wesentliche Rechtsgüter führt, von dem die Allgemeinheit, also eine unbestimmte und nicht bestimmbare Anzahl von Personen, unmittelbar betroffen ist und bei dem der Eintritt der Gefahr oder des Schadens nur durch außergewöhnliche Sofortmaßnahmen beseitigt oder verhindert werden kann.

- (2) Die Feuerwehr kann ferner durch die Gemeinde beauftragt werden

1. mit der Abwehr von Gefahren bei anderen Notlagen für Menschen, Tiere und Schiffe und
2. mit Maßnahmen der Brandverhütung, insbesondere der Brandschutzaufklärung und -erziehung sowie der Brandsicherheitswache.

§ 3

Kostenersatzpflicht

- (1) Einsätze der Feuerwehr nach § 2 Absatz 1 sind unentgeltlich, soweit nicht in Satz 2 etwas Anderes bestimmt ist.

Kostenersatz wird verlangt:

1. vom Verursacher, wenn er die Gefahr oder den Schaden vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt hat,
2. vom Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen, Anhängfahrzeugen, Schienen-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeugen verursacht wurde,
3. vom Betriebsinhaber für Kosten der Sonderlösch- und -einsatzmittel, die bei einem Brand in einem Gewerbe- oder Industriebetrieb anfallen,
4. vom Betreiber, wenn die Gefahr oder der Schaden beim Umgang mit Gefahrstoffen oder wassergefährdenden Stoffen für gewerbliche oder militärische Zwecke entstand,
5. von der Person, die ohne Vorliegen eines Schadensereignisses die Feuerwehr vorsätzlich oder infolge grob fahrlässiger Unkenntnis der Tatsachen alarmiert hat,
6. vom Betreiber, wenn der Einsatz durch einen Alarm einer Brandmeldeanlage oder einer anderen technischen Anlage zur Erkennung von Bränden oder zur Warnung bei

Bränden mit automatischer Übertragung des Alarms an eine ständig besetzte Stelle ausgelöst wurde, ohne dass ein Schadenfeuer vorlag,

7. vom Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch einen Notruf ausgelöst wurde, der über ein in einem Kraftfahrzeug installiertes System zum Absetzen eines automatischen Notrufs oder zur automatischen Übertragung einer Notfallmeldung an eine ständig besetzte Stelle eingegangen ist, ohne dass ein Schadensereignis im Sinne von § 2 Absatz 1 FwG vorlag.

In den Fällen der Nummern 1 und 5 gelten § 6 Absätze 2 und 3 des Polizeigesetzes des Landes Baden-Württemberg (PolG) entsprechend.

- (2) Für Einsätze nach § 2 Absatz 2 wird Kostenersatz verlangt.

Kostenersatzpflichtig ist

1. derjenige, dessen Verhalten die Leistung erforderlich gemacht hat; § 6 Absätze 2 und 3 des PolG gelten entsprechend,
 2. der Eigentümer der Sache, deren Zustand die Leistung erforderlich gemacht hat, oder derjenige, der die tatsächliche Gewalt über eine solche Sache ausübt,
 3. derjenige, in dessen Interesse die Leistung erbracht wurde,
 4. abweichend von den Nummern 1 bis 3 der Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch den Betrieb vom Kraftfahrzeugen, Anhängfahrzeugen, Schienen-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeugen verursacht wurde.
- (3) Ersatz der Kosten soll nicht verlangt werden, soweit dies eine unbillige Härte wäre oder im öffentlichen Interesse liegt.

§ 4 **Überlandhilfe**

- (1) Bei Einsätzen in den Gemeinden Bühlertann, Bühlerzell und Frankenhardt i. S. von § 2 dieser Satzung werden der hilfebedürftigen Gemeinde nur die Stundensätze für Einsatzkräfte gemäß § 34 Absätze 4 bis 8 FwG i.V.m. § 5 dieser Satzung berechnet. Dies gilt nicht bei Einsätzen nach § 34 Absatz 1 Nr. 2, Nr. 3, Nr. 4, Nr. 6 und Nr. 7 Feuerwehrgesetz. In diesem Fall richtet sich der Kostenersatz nach § 34 Absätze 4 bis 8 FwG i.V.m. § 5 dieser Satzung.
- (2) Sonstige Einsätze werden gemäß den Bestimmungen des § 5 berechnet.

§ 5

Höhe des Kostenersatzes

- (1)
- (2) Der Kostenersatz wird in Stundensätzen für Einsatzkräfte und Feuerwehrfahrzeuge nach Maßgabe des § 34 Absätze 4 bis 8 FwG erhoben. Die Höhe der Kostenersatzes ergibt sich aus dem in der Anlage zu dieser Satzung beigefügten Verzeichnis.
- (3) Für die Erhebung der Kosten für Einsatzkräfte werden Durchschnittssätze festgelegt.
- (4) Für die normierten und mit diesen vergleichbaren Feuerwehrfahrzeugen gelten gemäß § 34 Absatz 8 FwG die pauschalen Stundensätze der Verordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg über den Kostenersatz für Einsätze der Feuerwehr (VOKeFw) **in der jeweils geltenden Fassung**. Für die übrigen Fahrzeuge ergeben sich die Kostenersatzes aus dem in der Anlage zu dieser Satzung beigefügten Verzeichnis.
- (5) Die Einsatzdauer beginnt
 1. bei den Kosten für Einsatzkräfte mit der Alarmierung (Beginn des Einsatzes) und endet nach Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich der notwendigen Aufräumungs- und Reinigungszeiten.
 2. bei Fahrzeugen mit der Abfahrt aus dem Feuerwehrgerätehaus und endet nach der Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft einschließlich Reinigungs-, Prüfungs-, Reparatur- und sonstiger Zeiten, die sich daraus ergeben, dass Feuerwehrfahrzeuge wieder einsatzfähig gemacht werden.
- (6) Die Stundensätze werden halbstundenweise abgerechnet. Angefangene Stunden werden bis zu 30 Minuten auf halbe Stunden, darüber hinaus auf volle Stunden aufgerundet.
- (7) Daneben kann Ersatz verlangt werden für
 1. von der Gemeinde für den Einsatz von Hilfe leistenden Gemeinde- und Werkfeuerwehren oder anderen Hilfe leistenden Einrichtungen und Organisationen erstattete Kosten,
 2. die Kosten der Sonderlösch- und Einsatzmittel nach § 3 Absatz 1 Satz 2 Nr.3,
 3. sonstige durch den Einsatz verursachte notwendige Kosten und Auslagen. Hierzu gehören insbesondere die durch die Hilfeleistung herangezogener und nicht durch Nr. 1 erfasster Dritter, die Verwendung besonderer Lösch- und Einsatzmittel und die Reparatur oder den Ersatz besonderer Ausrüstungen entstandenen Kosten und Auslagen.

§ 6

Entstehen, Festsetzung und Fälligkeit der Kostenschuld

- (1) Die Verpflichtung zum Kostenersatz entsteht mit Beendigung der Inanspruchnahme der Feuerwehr.

- (2) Der Kostenersatz wird durch Verwaltungsakt festgesetzt.
- (3) Der Kostenersatz wird zu dem im Kostenbescheid genannten Zeitpunkt fällig.

§ 7 **Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 15. März 2023 in Kraft. Gleichzeitig tritt die seitherige Satzung in der Fassung vom 18. Mai 2018 zum 31. Dezember 2018 außer Kraft.

Obersontheim, den 24.02.2023

Stephan Türke
Bürgermeister

Hinweis nach § 4 Absatz 4 GemO

Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit der Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Stadt/Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.

Obersontheim, den 24.02.2023

Stephan Türke
Bürgermeister

Anlage

zu

§ 5 Absatz 1 Kostenersatzverzeichnis

1. Personalkosten

- a) Feuerwehrangehörige (pro Person, je Stunde) 19,50 Euro
- b) Brandsicherheitswache (pro Person, je Stunde) entspricht dem Stundensatz nach § 1 Abs. 1 Satz 1 der Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr Obersontheim in der jeweils gültigen Fassung.

2. Fahrzeuge

a) genormte Fahrzeuge

Für die genormten Fahrzeuge gelten die jeweils gültigen Pauschalsätze der Verordnung des Innenministeriums über den Kostenersatz für Einsätze der Feuerwehr (VOKeFw) vom 18.03.2016 (GBl. S. 253) in der jeweils gültigen Fassung.

b) Nicht genormte Fahrzeuge

Alle anderen Fahrzeuge sind nach § 34 Absatz 7 FwG zu kalkulieren. In der Gemeinde Obersontheim sind keine derartigen Fahrzeuge vorhanden.

3. Sonstiges (Fahrzeuge, Gerätschaften, Material)

Verbrauchsmaterialien und sonstige benötigte Materialien, insbesondere Fahrzeuge Dritter und Gerätschaften Dritter, werden zusätzlich zu den entstandenen Kostenersatzten gemäß § 34 Absatz 4 Satz 3 FwG festgesetzt. Hierbei werden die tatsächlichen Kosten angesetzt. Es wird auf § 5 Absatz 6 der Satzung verwiesen.

**Nachrichtlich – außerhalb der Satzung über den Kostenersatz bei Inanspruchnahme der
Freiwilligen Feuerwehr Obersontheim**

Nachrichtlich zur Anlage zu § 5 Absatz 1
Kostenersatzverzeichnis

2. Fahrzeuge

a) genormte Fahrzeuge

Für die genormten Fahrzeuge gelten die jeweils gültigen Pauschalsätze der Verordnung des Innenministeriums über den Kostenersatz für Einsätze der Feuerwehr (VOKeFw) vom 18.03.2016 (GBl. S. 253) in der jeweils gültigen Fassung.

Diese Kostenersätze lauten aktuell wie folgt:

- | | | |
|----|---|--------------|
| 1. | Mannschaftstransportwagen MTW bis 3.500 kg
zulässiger Gesamtmasse | 20,00 Euro, |
| 2. | Löschgruppenfahrzeug LF 20 | 170,00 Euro, |
| 3. | Tanklöschfahrzeug TLF 2000 | 95,00 Euro, |
| 4. | Gerätewagen Transport GTW | |
| | a) bis 3 500 kg zulässiger Gesamtmasse | 20,00 Euro, |
| | b) mit einer zulässigen Gesamtmasse von
über 3 500 kg bis 9 000 kg | 25,00 Euro, |
| | c) mit mehr als 9 000 kg zulässiger Gesamtmasse | 54,00 Euro, |

Die oben genannten Sätze gelten auch für Feuerwehrfahrzeuge, die mit den dort Genannten in ihrem taktischen Einsatzwert, ihrer zulässigen Gesamtmasse und ihrer technischen Beladung vergleichbar sind.